

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 69. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 27. März 2014

### 1. Abgeordnete

**Bettina Brück und  
Ulla Brede-Hoffmann  
(SPD)**

### Bundesweite Diskussion über G8

In zahlreichen westdeutschen Bundesländern wird von Seiten der Lehrerverbände, der Schülerschaft und der Eltern das achtjährige Gymnasium heftig kritisiert und vielfach eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren gefordert. In z. B. Bayern ist ein Volksbegehren für die teilweise Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium auf den Weg gebracht worden, in Baden-Württemberg gibt es einen Schulversuch zur Wiedereinführung des G9, in Niedersachsen soll ab dem Schuljahr 2015/2016 das Abitur nach neun Jahren die Regel sein, das Abitur nach acht Jahren die Ausnahme.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ihre Haltung, G8 nur in Ausnahmefällen einzuführen?
2. Ist der Landesregierung bekannt, wie sich das Konzept der achtjährigen Gymnasien in Rheinland-Pfalz von den Konzepten in anderen Ländern unterscheidet?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz besuchen G8- und wie viele G9-Gymnasien?

### 2. Abgeordnete

**Hans-Josef Bracht und  
Alexander Licht (CDU)**

### Dienstleistungs- und Beratungsverträge für den Flughafen Hahn

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Verträge für Dienstleistungen und Beratungen für die Entwicklung und den Betrieb am Flughafen Hahn gab es pro Jahr in den vergangenen fünf Jahren?
2. Welches jährliche finanzielle Gesamtvolumen hatten diese Verträge in den vergangenen fünf Jahren?
3. Mit welchen Firmen, Institutionen oder Personen wurden diese Verträge abgeschlossen (Verträge mit einem Volumen ab 20 000 €)?
4. Welche dieser Verträge spielen in den laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen welche Rolle?

**3. Abgeordnete**

**Stephanie Nabinger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ergebnisse des Energiegipfels der Großregion**

Am 17. März 2014 trafen sich die Regierungen der Großregion zwischen Rhein, Mosel, Saar und Maas zu einem Energiegipfel in Trier. Dabei wurde vereinbart, grenzüberschreitend in strategisch wichtigen Fragestellungen der Klima- und Energiepolitiken enger zusammenzuarbeiten. Nach Angaben der Ministerpräsidentin Malu Dreyer sollen dabei zwei Ziele besonders herausgehoben werden. Man wolle einen Beitrag zu den Klimaschutzzielen der Europäischen Union leisten und unabhängiger von knapper werdenden fossilen Rohstoffen werden. Vor allem durch die Energiewende erwarte sie in der Großregion wie auch in ganz Europa einen Wachstumsimpuls, der insbesondere positive Beschäftigungseffekte nach sich ziehe. Weitere wichtige Themen wie beispielsweise die Vollendung des EU-Binnenmarkts im Strommarkt und die Umsetzung der Forderung das grenznahe Atomkraftwerk Cattenom endgültig stillzulegen sollen künftig gemeinsam voran gebracht werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des Energiegipfels der Großregion?
2. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um künftig eine engere Zusammenarbeit bezüglich der strategisch wichtigen Fragestellungen der Klima- und Energiepolitiken zu organisieren?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um das Ziel einer größeren Unabhängigkeit von knapper werdenden fossilen Rohstoffen künftig gemeinsam zu erreichen?
4. Wurde auf dem Energiegipfel ein gemeinsames Vorgehen verabredet, um eine baldige Abschaltung der Pannereaktoren in Cattenom und Tihange zu erreichen?

**4. Abgeordnete**

**Arnold Schmitt und**  
**Wolfgang Reichel (CDU)**

**Aussagen von Staatssekretär Griese zur Haltung der Kommunen und des Kommunalen Rates zum Gesetzentwurf zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes**

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten hat am 18. März 2014 über Aussagen von Staatssekretär Griese hinsichtlich der Haltung der Kommunen und des Kommunalen Rates zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes beraten. Dabei ging es darum, inwieweit die von ihm gemachten Aussagen zur Akzeptanz des Gesetzentwurfes vor dem Hintergrund der Ausführungen im Gesetzentwurf selbst und mit Blick auf den Verlauf der entsprechenden Sitzung des Kommunalen Rates der Wahrheit entsprechen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen den Aussagen von Staatssekretär Griese im Umweltausschuss und den Ausführungen im Gesetzentwurf hinsichtlich der Frage, ob die Kommunen und der Kommunale Rat den Weg des Gesetzentwurfes der Landesregierung akzeptieren und die Empfehlungen eines dem entgegenstehenden Gutachtens nicht mehr vertreten?
2. Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen den Aussagen von Staatssekretär Griese im Umweltausschuss und dem tatsächlichen Verlauf der entsprechenden Sitzung des Kommunalen Rates zu dieser Frage, nachdem in dieser Sitzung mehrfach gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung von kommunaler Seite argumentiert worden ist?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Wahrheitsgehalt der Aussagen des Staatssekretärs vor diesem Hintergrund?
4. Welche Absicht hat Staatssekretär Griese mit seinen Aussagen gegenüber dem Umweltausschuss verfolgt?

- 5. Abgeordnete**  
**Barbara Schleicher-Rothmund und Dr. Tanja Machalet (SPD)**
- Fortsetzung der Forschungsinitiative**
- Das Land fördert seit 2008 seine Universitäten und seit 2010 seine Fachhochschulen mit der Forschungsinitiative. In seiner Presseerklärung vom 21. Februar 2014 teilt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK) mit, dass neue Zielvereinbarungen zwischen Ministerium und Hochschulen für die Jahre 2014 bis 2016 geschlossen wurden.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche forschungspolitischen Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Forschungsinitiative?
  2. Was ist neu in der Forschungsinitiative 2014 bis 2016?
  3. Wie bewertet die Landesregierung die bisherige Wirkung der Forschungsinitiative?
  4. Welche strukturellen Effekte hat die Forschungsinitiative bisher bei den Hochschulen entfaltet?
- 6. Abgeordnete**  
**Martin Brandl und Hedi Thelen (CDU)**
- Haltung der Landesregierung zur „Rente mit 63“**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Inwieweit ist es zutreffend, dass sich in den Bundesausschüssen sowohl Wirtschaftsministerin Lemke, als auch Familienministerin Alt kritisch zum Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) für eine abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren für besonders langjährig Versicherte verhalten haben?
  2. Inwiefern gibt es unterschiedliche Meinungen innerhalb der Landesregierung zu diesem Vorhaben?
  3. Wie wird sich die Landesregierung zum Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Nahles verhalten?
- 7. Abgeordnete**  
**Pia Schellhammer und Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
- Anti-Nazi-Demo in Koblenz am 15. März 2014**
- Am 15. März 2014 fanden in Koblenz vielfältige Gegendemonstrationen und andere bunte Aktionen gegen eine Demonstration der Partei „Die Rechte“ statt.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie sind die Stadtverwaltung und die Polizei mit der Demonstrationsanmeldung der Partei „Die Rechte“ und den Gegenkundgebungen umgegangen?
  2. Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an der Demonstration der Partei „Die Rechte“ beziehungsweise an den Gegenkundgebungen teilgenommen?
  3. Wie bewertet die Landesregierung den Verlauf dieser Demonstrationen?
- 8. Abgeordnete**  
**Friederike Ebli und Hans Jürgen Noss (SPD)**
- Starke Kommunen – starkes Land**
- Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat vor kurzem die Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ der Öffentlichkeit vorgestellt.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche kommunalen Gebietskörperschaften konnten im Rahmen der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ durch die Landesregierung in das Programm aufgenommen werden?
  2. Welche Schwerpunkte beinhaltet die Zukunftsinitiative für die Kommunen?
  3. Welche Rückschlüsse und Erkenntnisse erhofft sich die Landesregierung durch die Zukunftsinitiative?

**9. Abgeordnete****Guido Ernst und  
Andreas Biebricher (CDU)****Unterrichtsausfall an Grundschulen**

Als jüngstes Beispiel kam es an der Löwentor Grundschule Koblenz in den vergangenen Wochen zu tagweisem Unterrichtsausfall. Nach Einschätzung von Lehrerverbänden ist die Situation in Koblenz kein Einzelfall, sondern an vielen Schulen fast schon die Regel.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wieso standen für die Löwentor Grundschule keine Feuerwehrlehrer zur Verfügung?
2. Wie viel Prozent der Feuerwehrlehrer sind bereits zu Beginn des Schulhalbjahres in der regulären Unterrichtsplanung gebunden?
3. Inwieweit kann die Landesregierung ausschließen, dass regelmäßig an Grundschulen Kinder nach Hause geschickt werden, weil keine Aufsicht bzw. Unterrichtsvertretung möglich ist?
4. Inwieweit sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen dem gehäuften Unterrichtsausfall und der verschlechterten Unterrichtsabdeckung an Grundschulen?

**10. Abgeordnete****Simone Huth-Haage und  
Dorothea Schäfer (CDU)****Verkürzung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten**

Presseberichten zufolge kommt es in Rheinland-Pfalz aufgrund des Erzieherinnenmangels zunehmend auch zu Verkürzungen der Öffnungszeiten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Kindertagesstätten haben in den vergangenen zwei Jahren ihre Öffnungszeiten reduziert?
2. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele dieser Maßnahmen auf den Erzieherinnenmangel zurückzuführen sind?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die fehlende Zahl an Erzieherinnen in diesem Jahr?
4. Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Kindertagesstätten andere Angebote wegen des Erzieherinnenmangels einschränken?

**11. Abgeordnete****Martin Haller,  
Dr. Tanja Machalet und  
Daniel Schöffner (SPD)****Cebit 2014 – Präsentation des Landes Rheinland-Pfalz auf dem Gemeinschaftsstand des IT-Planungsrates**

Auf der diesjährigen Cebit waren die Mitglieder des IT-Planungsrates erstmals auf einem gemeinsamen Stand mit dem Land Rheinland-Pfalz vertreten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was waren die Gründe für den Verzicht auf einen eigenen Rheinland-Pfalz-Stand in der Halle 7 und stattdessen für die Präsentation auf dem Gemeinschaftsstand des IT-Planungsrates?
2. Welche Kosten sind durch die Planung und Umsetzung des neuen Gemeinschaftsstandes entstanden?
3. Wie wirkte sich der Gemeinschaftsstand auf die Repräsentanz des Landes Rheinland-Pfalz und des IT-Planungsrates auf der diesjährigen Cebit aus?
4. Wie wurde das neue Bühnenprogramm in der öffentlichen Wahrnehmung auf der diesjährigen Cebit aufgenommen?

**12. Abgeordneter****Ulrich Steinbach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Ergebnisse bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung**

Medienberichten zu Folge sind die Steuereinnahmen durch Erfolge der Steuerfahndung in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtet von 3,1 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen deutschlandweit im Jahr 2013. Den größten Teil davon machen Mehreinnahmen bei Ermittlungserfolgen im Bereich der Umsatzsteuer aus.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Einnahmen aus der Steuerfahndung und Betriebsprüfung der rheinland-pfälzischen Steuerbehörden in den Jahren 2009 bis 2013 entwickelt?
2. Wie haben sich die Fallzahlen bei der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer in diesen Jahren entwickelt?
3. Wie hoch sind die Summen der einzelnen Mehrsteuerergebnisse bei der Umsatzsteuer und bei der Einkommensteuer in diesen Jahren?
4. Wie hoch ist der Anteil der Einnahmen der Steuerfahndung und Betriebsprüfung aus dem Umsatzsteuerbereich und aus der Einkommensteuer?

**13. Abgeordnete****Bettina Dickes und  
Simone Huth-Haage**  
(CDU)**Zunehmende Verhaltensauffälligkeiten bei Erstklässlern**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage der Gesundheitsämter, dass die Zahl der Verhaltensauffälligkeiten bei Erstklässlern gestiegen sei?
2. Sieht die Landesregierung angesichts dieser Zahlen nicht auch die Notwendigkeit, die verschärften Bedingungen für eine Zurückstellung der Einschulung zurückzunehmen?
3. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung angesichts der gestiegenen Verhaltensauffälligkeiten von Erstklässlern für die Gruppengrößen der Kindertagesstätten?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Ursachenlage für die gestiegene Verhaltensauffälligkeit von Erstklässlern?

**14. Abgeordnete****Astrid Schmitt und  
Michael Hüttner (SPD)****Gutachten zu Fahrbeschränkungen wegen Bahnlärm**

Vertreter der Landesregierung haben vor kurzem ein Gutachten des Passauer Bahnrechtlers Prof. Dr. Kramer vorgestellt, in dem die Vereinbarkeit von Betriebsbeschränkungen mit deutschem und europäischem Recht attestiert wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Gutachten des Passauer Bahnrechtlers Prof. Dr. Kramer gewinnen können?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung durch die Erkenntnisse auf die weitere Diskussion um Maßnahmen gegen den Bahnlärm, insbesondere im Mittelrheintal?
3. Welche weiteren Maßnahmen erachtet die Landesregierung als erforderlich, um die Belastung durch Bahnlärm, insbesondere im Mittelrheintal, zu vermindern?

**15. Abgeordnete****Dorothea Schäfer,  
Gerd Schreiner und  
Wolfgang Reichel (CDU)****Veröffentlichung des Defizits der Universitätsmedizin Mainz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Universitätsmedizinen in Deutschland haben nach Kenntnis der Landesregierung ein geringeres Defizit als die Mainzer Universitätsmedizin?
2. Wie bewertet die Landesregierung das erneut sehr hohe Defizit der Universitätsmedizin Mainz?
3. Welchen Weg sieht die Landesregierung, um die Verluste der Universitätsmedizin dauerhaft zurückzuführen?
4. Wie viele Personalstellen sollen in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich an der Universitätsmedizin abgebaut werden, um das Defizit zu minimieren?

**16. Abgeordnete****Blatzheim-Roegler und  
Stephanie Nabinger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Fernverkehrsanbindung Trier**

Nach Medienberichten wurde im Rahmen des „Bahngipfels“ in Saarbrücken unter anderem mit der Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, und dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, ein aktualisiertes Angebot zu den beiden zur Streichung vorgesehenen Intercity-Zugpaaren von Koblenz nach Trier diskutiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegt der Landesregierung ein neues Angebot für die beiden IC-Zugpaare Koblenz – Trier vor?
2. Wenn ja, seit wann?
3. Welche Konditionen enthält das neue Angebot?
4. Entstehen bei einem Erhalt der beiden IC-Zugpaare Nachteile hinsichtlich der Finanzierung und Ausgestaltung des Rheinland-Pfalz-Taktes?

**17. Abgeordnete****Stephanie Nabinger  
und Anne Spiegel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Evakuierungszonen**

In der vergangenen Woche hat die Strahlenschutzkommission, die das Bundesumweltministerium berät, ihren Bericht zur Anpassung der Katastrophenschutzplanung für den atomaren Notfall vorgelegt. Hierin empfiehlt die Kommission die Zentralzone unmittelbar um ein Atomkraftwerk von bisher zwei Kilometern auf fünf Kilometer auszuweiten. Diese soll innerhalb von sechs Stunden geräumt werden. Auch empfiehlt die Kommission die Mittelzone von zehn auf zwanzig Kilometer anzuheben, deren Evakuierung nach einer Alarmierung innerhalb von 24 Stunden abgeschlossen werden soll. Aufgrund dieser Änderungen in der Katastrophenschutzplanung, müssten bei einem Austritt von Radioaktivität aus dem baden-württembergischen AKW Philippsburg und den französischen Reaktoren im AKW Cattenom auch Teile des Landes Rheinland-Pfalz evakuiert werden.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Empfehlungen der Strahlenschutzkommission?
2. Welche Pläne zur Zusammenarbeit bei einem atomaren Notfall im AKW Philippsburg bzw. in den Reaktoren des AKW Cattenom bestehen zwischen der Landesregierung in Baden-Württemberg bzw. der französischen Regierung und Rheinland-Pfalz?
3. Welche Vorkehrungen ergreift die Landesregierung um die Evakuierung von Bürgerinnen und Bürgern auf rheinland-pfälzischer Seite innerhalb von sechs bzw. 24 Stunden zu gewährleisten?
4. Wie werden die Feuerwehren und Einsatzkräfte auf die Evakuierung und die Ausgabe von Jodtabletten vorbereitet und wo werden die Jodtabletten für den Notfall in Rheinland-Pfalz gelagert und in welchem Zyklus wurden diese ersetzt?